Erscheint wöchentlich Red.-Schluß: Sonntag.

Vierteljahrs-Abonnement 1,50 Goldmark.

Anzeigenpreis: 4 einsp. Nonpareillezeile (Mindesthöhe 2 mm) 0,60 Goldmark. Stellenanzeigen, Anzeigen bis 5 Zeilen 0,40 Goldmark.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Verantwortlicher Redakteur: Otto Trettlich, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 403 Verlag d. u. Redakt.: Nürnberg 1, Essenweinstraße 1, 1 Zahlungen: Postscheckkonto 20989 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Nummer 30 — Nürnberg, den 22. Juli 1925 — 39. Jahrgang

Gegen den Zollwucher!

Wir sind das reichste Land auf Erden,
Von Gottes Segen voll —!
Und sollen doch des Hungers sterben
Durch den verdammten Zoll!
(Alter süddeutscher Kampfspruch.)

Eine am 12. und 13. Juni abgehaltene Ausschußsitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes kam nach ausführlicher Beratung zu einer entschiedenen Ablehnung der Zollvorlage. Die Stellungnahme der Gewerkschaften kommt in folgender Resolution zum Ausdruck:

„Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes billigt die Haltung seiner Vertreter im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, die in ihrer Stellungnahme zu einem Zolltarif für den Abschluß von Handelsverträgen bestrebt waren, den Massenverbrauch in Deutschland nicht zu belasten und dem zollfreien Warenaustausch unter den Völkern die Wege zu ebnen. Wo sie bei den Abstimmungen in der Minderheit blieben, haben sie ihren Standpunkt durch ausführliche Erklärungen begründet.

Die nunmehr veröffentlichte kleine Zollvorlage der Regierung steht im Widerspruch zu dem Standpunkt, der von den Vertretern der freien Gewerkschaften im Zollausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats verfochten worden ist. Sie ist unvereinbar mit den Lebensinteressen der großen Volksmassen. Sie geht nicht nur bei einer großen Anzahl industrieller Positionen — Eisenwaren, Holzwaren, Textilien — über die vom Zollausschuß in seinen Gutachten an die Regierung vorgeschlagenen Zollsätze weit hinaus, sie sieht auch ungemein hohe, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft unmittelbar belastende Agrarzölle vor, Zölle auf Vieh, Fleisch und Mehl, besonders aber die Vorkriegszölle auf Brotgetreide als Mindestsätze. Diese Zollvorlage, zum Gesetz erhoben, würde in ihren Auswirkungen zu einer unerträglichen Lebensverteuerung der Arbeiterschaft, in weiterer Folge zur Verminderung der Kaufkraft des deutschen Volkes, zur Verhinderung eines aufnahmefähigen Inlandmarktes, zur Beeinträchtigung der Exportfähigkeit Deutschlands führen.

Zudem hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an Regierung und Arbeitsministerium das eindringliche Ersuchen gerichtet, dem Drangen der Arbeiterschaft nach einem Ausgleich ihrer Lebensverteuerung mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhebt hiermit scharfsten Einspruch gegen eine Wirtschaftspolitik, die auf der einen Seite durch Schutzzölle die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft verteuert, auf der anderen Seite einen Ausgleich in Form von Lohnerhöhungen ablehnen möchte.

Er fordert insbesondere Zollfreiheit für alle industriellen Rohstoffe, Halbzeuge und notwendigen Bedarfsgegenstände, ferner für Brotgetreide und alle wichtigen Lebensmittel, besonders Mehl und Kartoffeln, Schlachtvieh und Fleisch und für alle notwendigen Futtermittel. Er richtet an Regierung, Reichsrat und Reichstag das dringliche Ersuchen, die Zollvorlage in diesem Sinne umzugestalten und weiterdin Vorsorge zu treffen, daß in den Handelsverträgen nicht Industriezölle festgesetzt werden, die zur Verteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung führen. Der Aufbau der Wirtschaft in Deutschland erfordert gebieterisch eine Wirtschaftspolitik, die das höchste Gut des deutschen Volkes, die Arbeitskraft, schützt und stärkt."

Die Zentralvorstände haben sich im Geiste dieser Entschließung einstimmig bereit erklärt, sich an der planmäßigen Abwehraktion gegen die schutzzöllnerischen Bestrebungen von Regierung, Industrie und Landwirtschaft nachdrücklich zu beteiligen und für diese Zwecke 10 Pfennig pro Mitglied, insgesamt also 750,000 Mark, zu bewilligen.

Die Unternehmerparade in Köln.

Vom 23 bis 25. Juni waren die Herren der Industrie in Köln versammelt. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hatte nach dort zu einer Tagung geladen, die nicht weniger als 1500 Personen, darunter 300 Gäste zählte. Die Würdenträger der Reichs- und Staatsbehörden waren herbeigeeilt, um von den Führern der Industrie zu erfahren, wie ein Ausweg aus den Nöten der Zeit gesucht werden könne. Die Erwartungen, hier etwas Grundsätzliches zu erfahren, schienen nicht klein zu sein. So hatte der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus die Industrietagung mit einem Geleitwort begrüßt, in dem folgender Satz vorkam: „Von der Tagung des Reichsverbandes wird aber auch anderseits erwartet werden, daß sie darlegt, welche Mittel und Wege die deutsche Industrie da sich aus einschlagen gedenkt, um die Generalunkosten zu senken, die technische und organisatorische Verbesserung unserer Werke durchzuführen."

Der deutschnationale Reichswirtschaftsminister wird wohl, so kann man annehmen, enttäuscht sein. Denn in den vielen Reden und Ansprachen war wenig davon zu vernehmen, was die Spitzen der Industrie zur Ueberwindung der reichenhaften Zustände vorschlagen. Meistens bewegten sich die Reden im gleichen Fahrwasser. Sie drehten sich vornehmlich um folgende Forderungen: Herabsetzung der Steuern, Verminderung der sozialen Lasten, Herabsetzung der Frachten, Mehrleistung der Arbeiterschaft. Schluß mit jeder Lohnerhöhung. Alles andere war nur Beiwerk. Wenn Ford dieser Versammlung beigewohnt hätte, würde er festgestellt haben, daß sich in diesem erlauchten Kreise seit dreißig Jahren nichts geändert hat.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie ist entstanden aus der Zusammenlegung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und dem Bund der Industriellen. Ersterer war eine Vereinigung der schweren Industrie, während die übrige Industrie im Bund der Industriellen zusammengeschlossen war. Auseinandersprechende Vertreter der kleinen und mittleren Industrie sind in Köln kaum zum Wort gekommen. Dafür redeten die Herren der großen Industrie oder die Syndicis. Das Wort Einigkeit zwischen den Industriellen wurde nämlich oft gebraucht. Damit wollte man wahrscheinlich eventuelle Oppositionswünsche der Kleinen bereits im Keime ersticken.

Der Vorsitzende des Reichsverbandes, Geheimrat Professor Duisberg, wahrhaftige Personlichkeit im Rollenfangern, äußerte sich auch zur sozialen Frage. Das deutsche Volk könne nur gesunden, wenn nicht weniger, sondern mehr als vor dem Kriege geleistet wurde. Er sei kein Gegner des Achtstundengesetzes, jedoch sei dafür Voraussetzung, daß die gleiche Leistung erreicht werden müsse als früher bei längerer Arbeitszeit. Auch in Deutschland seien die Worte zum Motto zu erheben: „Stehen schlechter die Geschäfte, so verdoppele deine Kräfte." Sicher keine neuen Gedanken, die der Vorsitzende der größten Unternehmervereinigung zum besten gab.

Das geschäftsführende Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes, Herr Geheimrat Kalle, gebrauchte nach der Berawerkszeitung folgenden Satz: „Wenn sich die Arbeiterorganisationen nicht als Produktionsorganisationen ansehen und wenn sie sich nicht dementsprechend in die volkswirtschaftlichen Gesamtziele organisch eingliedern, dann sollt dies auf sie selbst zurück. Die Industrie faßt im Gegensatz dazu ihre Aufgabe als eine sozialpolitische Angelegenheit, als eine Angelegenheit der ganzen nationalen Gesellschaft auf . . ." Daß die Unternehmer der Gegenwart eine sozialpolitische Mission im Interesse der „ganzen nationalen Gesellschaft" zu erfüllen glauben, haben wir so zum ersten Mal gehört.

Außer dieser neuen Entdeckung sind grundlegende neue Gedanken in Köln auf der Unternehmertagung nicht geäußert worden. Und doch gab es so viele Probleme zu klären.

Trommler des Verbandes.

Ihr Trommler des Verbandes:
Sammelt euch die Verbeitrommel um
und geht von Haus zu Haus herum
und rührt sie mit kräftiger Hand
für den Verband!

Weckt die Trägen und die Lauen
aus ihrer dumpfen Lethargie,
rüttelt und schüttelt sie,
damit sie benommen sich schauen,
damit sie frosten und brennen,
damit sie endlich erkennen,
warum sie noch entrechtet sind,
warum sie noch gefnechtet sind,
warum sie noch für kargen Lohn
sich plagen müssen in langer Fron!

Ihr Trommler des Verbandes:
Wirbelt die Trommel zum Alarm,
zum Kampf gegen Not und Elend und Harm!
Trommelt den Stumpfsinn aus den Hirnen!
Trommelt den Kampfgeist in die Stirnen!
Werbt dem Verbande neue Streiter,
sammelt die vielen Anzuleiter
zu einem großen, gewaltigen Heer,
zu unwiderstehlichem Damm und Wehr!

Ihr Trommler des Verbandes:
Trommelt die Offensive ein
gegen die Schlafen des Unverstandes,
gegen die schwerfälligen Massen,
die sich von Schlägern betören lassen,
dann wird der Erfolg auch für euch sein!

B. Kalinowski.

Die Gewerkschaften auf der Jahrtausend-Ausstellung in Köln.

Die Jahrtausendausstellung in Köln soll rheinische Kultur, rheinische Geschichte und rheinische Entwicklung im Gesamtbilde des Deutschen Reiches zum Ausdruck bringen. Da werden dem Besucher glanzvolle Zeiten der Kaiser und Kirchenfürsten vor Augen geführt. Nicht minder eindringlich spricht die Industrie von der riesenhaften Entwicklung der letzten Jahrzehnte bis zur Gegenwart. Die schwere Aufgabe der Umstellung der Industrie durch den verlorenen Krieg zur Friedensproduktion wird an Hand von Material gezeigt, das mehrere Ausstellungsräume beansprucht.

Im wirtschaftlichen und sozialen Organisationsleben stehen nicht an letzter Stelle die Gewerkschaften. Aus diesem Grunde war die Beteiligung der Gewerkschaften an der Ausstellung eine Pflicht.

Es ist gelungen, über die freie Gewerkschaftsbewegung des Rheinlands und ihre Entwicklung anschauliches Material zusammenzutragen. Interessant ist, daß der Buchdruckerverein in Düsseldorf schon sein 75jähriges Bestehen feiern konnte, wie aus einer auslegenden Arbeit „75 Jahre Buchdruckerorganisation" hervorgeht. Noch weiter zurück führt eine alte Buchdruckerjahre aus dem Jahre 1845 und eine alte Photographie der Gehilfen und Lehrlinge des Betriebes, die damals diese Fahne führten.

Die Ausstellung erinnert an die Kämpfe der Bergarbeiter und zeigt die Entwicklung des Bergarbeiterverbandes. Bekannte Führergestalten wie Hue, Pokorny und Leimpeters tauchen auf neben den drei sogenannten, seinerzeit so brutal geforderten Kaiserdelegierten, aber auch die Opfer der Klassenjustiz, die seinerzeit auf Grund der Auslegen eines Gerichtsmanns zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt, diese Strafen abbüßten und später im Wiederaufnahmeverfahren glänzend freigesprochen wurden.

Auch der Zimmererverband und der Fabrikarbeiterverband haben graphische Darstellung über Entwicklung und soziale Leistungen ausgestellt. Der Baugewerksbund ist die Entwicklung zum Industrieverband dargestellt mit den sozialen Leistungen der Vorläufer des jetzigen Bundes. Mehrere andere Zentralverbände sind in einem einheitlichen Schaubild vereinigt. Bei jedem Bilde zeigt eine vergleichende Darstellung den Anteil der Rheinlande am Gesamtverband. Unter den ausgestellten Bildrissen markanter Gewerkschaftspersönlichkeiten fehlt auch das des Gauleiters vom Schneiderverband Trilse nicht, auf dessen Bemühungen das rheinische Bezirkssekretariat des ADGB. entstehen konnte.

Ein Vergleich der Stärke der freien Gewerkschaften zu den christlichen Gewerkschaften ist an Hand von zwei Tafeln dargetan, welche die Vertretung der Gewerkschaften in der Sozialversicherung veranschaulichen. Dieses an sich etwas rohe Vergleichsmittel zeigt dennoch, daß im Rheinland im Verhältnis zu den christlichen Gewerkschaften die freien Gewerkschaften die doppelte Stärke aufwiesen.

Eine Zusammenstellung statistisch geographischer Art gibt über die örtliche Verbreitung und Stärke der Gewerkschaften Aufschluß. Sie zeigt, daß die Gewerkschaften an kleinsten Orten wenigstens einige Mitglieder haben. Eine statistische Auswahl von Abbildungen von Gewerkschaftsheimen zeigen, wie die Arbeiterschaft auch gegen Ehrfurcht und Lokalvertreibungen durch solidarische Selbsthilfe zu schützen wußte.

Der Zentralverband der Angestellten und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund zeigen ihren organisatorischen Aufbau, Tarifverträge und die sozialen Einrichtungen der Verbände des Beamtenbundes. Der den Ausbau anschließende Werkmeisterverband konnte im Raum der freien Gewerkschaften nicht untergebracht werden, es muß aber gesagt werden, daß er in musterhafter Weise seine Einrichtungen auf Papier gebracht hat.

So ist in Wahrheit der Raum der Gewerkschaften zu einer lustigen, schlichten Geschichte in Bildern von den Kämpfen und Erfolgen im Westen Deutschlands geworden. Die Stadt Köln hat die Absicht, neben vielen anderen Ausstellungsstücken auch die gewerkschaftliche Abteilung später in einer ständigen Ausstellung der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen, was sehr zu begrüßen ist.

Die Methoden der Akkord-Umrechnung.

Seit dem Bestehen des Reichstarifvertrages für die Schuhindustrie hat die Umrechnung der Akkordsätze die beteiligten schließenden Parteien des öfteren beschäftigt. Bei dem ersten Tarifabschluß wurde der Akkordmindestverdienst so bemessen, daß er für Männer 20 Prozent, für Frauen 10 Prozent über den Mindestzeitlohn zu liegen kam. Cisumalia wurde nach den Durchschnittsverdiensten von November 1917 bis Januar 1918 die Akkordberechnung vorgenommen.

Die zweite Akkordumrechnung fand statt nach Einführung des Achtstundentages mit Frist bis 31. Januar 1919, die dritte machte sich notwendig nach den Verhandlungen am 1. November 1919 wegen des Fortfalles der Kriegs- und Teuerungszulagen, die nun in die Akkordsätze eingerechnet wurden. Diesmal wurde für die Umrechnung eine Frist, die bis zum 31. Dezember 1919 lief, vorgeschrieben.

Ueber den eigentlichen Umrechnungsmodus hatten einige Meinungsverschiedenheiten bestanden, die auch die Schlichtungskommissionen beschäftigten. Klarheit wurde schließlich geschaffen von der Zentraltarifkommission, die am 12. Mai 1919 folgende Entscheidung fällte:

„Der Umrechnung der Akkordsätze ist der in den letzten vier vollen Arbeitswochen vor dem 1. Oktober 1918 erzielte Durchschnittsverdienst der mahnbrechenden Arbeiterkasse bei normaler Arbeitszeit und Arbeitsleistung zu Grunde zu legen.

Bei Berechnung des Durchschnittsverdienstes sind Arbeiter auszuschalten, die einen Verdienst erzielt haben, der um mindestens 25 Prozent die tariflichen Mindestlohnsätze übersteigt."

In der Praxis gestaltete sich die notwendig gewordene Umrechnung der Akkordsätze folgendermaßen: Es wurde der Durchschnittsverdienst aller vollwertigen Arbeitskräfte einer Sparte aus den vier vollen Arbeitswochen vor dem 1. Oktober 1918 ermittelt. Das geschah natürlich für jede Altersklasse gemäß § 5 des Tarifvertrages für sich. Dabei waren bei der Berechnung auszuschalten alle Arbeiter, die einen Verdienst erzielt hatten, der um mindestens 25 Prozent den bisherigen tariflichen Mindestlohnsatz überstieg. Die so ermittelte Durchschnittswochenverdienstsumme war dann mit dem Lohnbetrag, der sich aus dem neuen Mindestlohnstundenlohn (zuzüglich 20 Prozent für männliche und 10 Prozent für weibliche Akkordarbeiter) pro Woche ergab, in Beziehung zu stellen. Der Differenzbetrag wurde dem nach Abzug ermittelten Wochendurchschnittsverdienst und dem soeben erwähnten Mindestwochenverdienst Betrag für Akkordarbeiter war in Prozenten auszudrücken. Jede einzelne Tarifposition war dann nach den gleichen Prozentsatz zu erhöhen.

Es waren demgemäß folgende Berechnungen erforderlich: Um die Differenz in Prozenten auszudrücken, war dieser Differenzbetrag mit 100 zu multiplizieren und das Resultat mit der Summe des Durchschnittslohnes zu dividieren. Um den Aufschlag herauszufinden, der auf den einzelnen Akkordlohn zu machen war, war zuerst der bisherige Akkordlohn mit 100 zu dividieren (einfach von hinten zwei Stellen abzustreichen, ebenso viel vom Resultat vorzustreichen). Damit hatte man 1 Prozent des bisherigen Lohnes. Dieses Resultat war mit dem Prozentsatz, der den Differenzbetrag darstellt, zu multiplizieren. Die so gefundene Summe war dem bisherigen Akkordlohn zuzuschlagen.

Bei der Lohnabrechnung am 1. November 1919 wurde den Akkordarbeitern, die in Anerkennung besserer Leistungen vorher schon höhere als die Mindestlöhne hatten, ebenfalls eine Bedienerhöhung von 5 Prozent zugesichert. Das geschah auf Grund folgender Berechnungsweise: Hatte ein Akkordarbeiter, sagen wir ein Schnittfräser (Tarifklasse 3 angenommen), bisher einen Durchschnittsverdienst von 120 ℳ pro Woche, so erhielt er nunmehr nicht bloß den neuen Mindestakkordlohn von 123,53 ℳ, sondern sein Lohn mußte 126 ℳ, nämlich 5 Prozent mehr, betragen, als sein bisheriger Durchschnittswochenverdienst. Die Grundlage für die Berechnung bildete die wöchentliche Durchschnittsleistung in Stück. An den neuen maßgebenden Lohnbetrag mit der wöchentlichen Durchschnittsleistung hineinbividiert, ergaben sich die für das einzelne Stück zu zahlenden Akkordsätze. War z. B. die Durchschnittsleistung 500 Paar pro Woche, so ergab dies bei 126 ℳ neuem Wochenlohn 25,2 ℳ für das Paar.

Die nächste allgemeine Umrechnung der Akkorde machte sich nach dem Tarifabschluß vom 7. März 1922 nötig, da nunmehr der Akkordaufschlag einheitlich für Männer und Frauen auf 12½ Prozent festgesetzt worden war. Die Umrechnung war abmachungsgemäß bis zum 1. Mai 1922 durchzuführen.

Ob die gewählten Umrechnungsmethoden als einwandfrei in jeder Hinsicht zu betrachten sind, soll hier nicht untersucht werden, es kommt uns hier nur darauf an, sie in Erinnerung zu bringen. Jedenfalls sind in jedem Betrieb bei den mehrmaligen Umrechnungen über die Akkordleistung für jede Sparte reichlich Unterlagen gesammelt worden.

Bei späteren Lohnabmachungen machte sich eine Umrechnung von Grund auf auch nicht mehr nötig, es kam hier nur darauf an, die Lohnaufbesserung jeweils auf die Akkordsätze „umzulegen". Bei der Tarifserneuerung vom 3. März 1924 wurde eine Lohnaufbesserung von 5 Pfg. bewilligt, die auf alle Arbeiter umzulegen war. Die Tarifabmachung bestimmte:

Für Akkordarbeiter errechnet sich der Lohnaufschlag auf Grund des neuen Lohnaufbesserungsmodus wie folgt: Es wird der Durchschnittsverdienst aller Akkordarbeiter der Sparte auf Grund

der Stundenverdienste der 4. Februarwoche in ein prozentuales Verhältnis gesetzt zu der zahlenmäßigen Erhöhung des neuen Mindestlohnsatzes gegenüber dem bisherigen Mindestlohnsatz, um den so ermittelten Prozentsatz wird der bisherige Akkordsatz der Sparte erhöht.

Bei Zeitlohnarbeitern erhöht sich der tarifliche Stundenlohn der 4. Februar Lohnwoche für einen männlichen Arbeiter über 21 Jahre in Ortsklasse I um den Zuschlag von 5 ₰, im übrigen gestaltet nach Orts-, Alters- und Geschlechtsklassen, entsprechend dem neuen Tarif.

Den Prozentsatz, um den jeweils der Akkordsatz zu erhöhen war, erhielt man, indem man die in Frage kommende Pfennigzulage mit 100 multiplizierte und diese Summe mit dem Durchschnittsstundenverdienst der Sparte (4. Februarlohnwoche) dividierte.

Den Betrag, um den der Akkordsatz dann zu erhöhen war, fand man, wenn man den Akkordsatz mit dem erwähnten Prozentsatz multiplizierte und das Ergebnis mit 100 dividierte.

Eine sich mit dieser Regelung deckende Berechnung des Lohnaufschlages ist dann in den Verhandlungen vom 22. November 1924 getroffen worden. Es wurde vereinbart:

Der Durchschnittsstundenverdienst aller Akkordarbeiter einer Sparte wird auf Grund der Verdienste der zweiten November Lohnwoche (10. bis 15. November 1924 einschließlich in ein prozentuales Verhältnis zur zahlenmäßigen Erhöhung des neuen Mindestlohnsatzes gegenüber dem bisherigen Mindestlohnsatz gesetzt; um den so ermittelten Prozentsatz wird der bisherige Akkordsatz der Sparte erhöht.

Beispiel: In der Zwickerei werden drei Akkordarbeiter beschäftigt. Der eine verdiente in der zweiten Novemberwoche pro Stunde 65 ₰, der zweite 70 ₰, der dritte 75 ₰, zusammen 210 ₰. Durchschnittlicher Stundenverdienst 70 ₰. Prozentuales Verhältnis von 5 ₰ zu 70 ₰ ist gleich 7,143 Prozent; um diesen Prozentsatz ist der seitherige Akkordsatz in der Zwickerei zu erhöhen.

Die Errechnung der neuen Akkordsätze hat bis spätestens 15. Dezember 1924 einschließlich zu erfolgen. Solange die Errechnung der neuen Akkordsätze nicht erfolgt ist, erhält jeder männliche Akkordarbeiter über 21 Jahre in Ortsklasse I fünf Pfennige Zuschlag pro geleistete Arbeitsstunde; für die übrigen Orts-, Alters- und Geschlechtsklassen gestaltet nach den Bestimmungen des Hauptvertrages vom 28. Februar 1924.

Dieser Zulagenregelung war von beiden Vertragsparteien zugestimmt worden. Die Frage, für die Zulagenregelung der Akkordarbeiter eine einwandfreie Form einzuhalten, wird immer wieder eine Rolle spielen. Es erübrigen daher angebracht, die bisherigen Abmachungen einmal einander gegenüberzustellen.

Wochen-Rundschau.

Die **französische Kammer** hat das **Washingtoner Abkommen** betreffend den Achtstundentag einstimmig ratifiziert. An der Abstimmung haben sich 545 Abgeordnete beteiligt.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde unter Zustimmung der Regierung beschlossen, beim Reichswirtschaftsministerium eine besondere Stelle zu schaffen, die sich mit den Handwerkerfragen befassen soll, und zwar ist die Regierung bereit, einen **Reichskommissar für das Handwerk** und das Kleingewerbe zu schaffen. Diesem soll zur Unterstützung seiner Aufgaben ein kleiner Ausschuß an die Seite gestellt werden, dem selbständige Handwerker und Kleingewerbetreibende angehören. Wird sich das Reichswirtschaftsministerium auch entschließen, einen besonderen Reichskommissar für Arbeiter und Angestellte anzufordern?

Der Reichsrat hat am 3. Juli beschlossen, daß die **Preiskreiberverordnung** nämlich **aufzuheben** ist. Einige Bestimmungen über Preisverzeichnisse, z. B. der Preisschildermang für Fleisch und Wurstwaren soll aufrechterhalten bleiben. — Damit wurde der Handel dann jeder Bindung los sein.

Mit dem 1. Juli ist die **Reichsstreitbeihilfe** stabilisiert worden.

Der Reichstag hat die **Buchdruckverordnung** nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. Ein Gesetz zur **Abänderung der Reichsversorgung** und anderer Versorgungsgesetze wurde an den Ausschuß für Kriegsbeschädigte verwiesen.

Dem Reichstag ist der Gesetzentwurf über den **Ausbau der Angestelltenversicherung** zugegangen. Er bringt in der Hauptsache einen neuen Leistungs- und Beitragstarif. Der Grundbeitrag wird von 360 auf 480 ℳ, der Kinderzuschuß von 36 auf 90 ℳ und der Hinterbliebenenzuschuß für die Steigerungsbeträge aus dem seit dem 1. Januar 1924 geleisteten Beitrag von 10 auf 15 ℳ erhöht. Zum Ausgleich werden unter Erhöhung der Beiträge sechs Gehaltsklassen geschaffen: A bis 50 ℳ Monatsbeitrag 2 ℳ, B bis 100 ℳ 4 ℳ, C bis 200 ℳ 8 ℳ, D bis 300 ℳ 12 ℳ, E bis 400 ℳ 16 ℳ, F mehr als 400 ℳ 20 ℳ. Außerdem werden zwei neue Klassen G und H für freiwillige Weiterversicherung geschaffen, in denen der Monatsbeitrag 25 und 30 ℳ beträgt.

Das vorläufige Ergebnis der **Reichsvolkszählung** vom 16. Juni 1925 (ohne — ohne Saargebiet — 62½ Millionen Einwohner; rechnet man für das Saargebiet 750,000, so kann man die Gesamtzahl auf 63½ Millionen veranschlagen.

Die **Spareinlagen** stiegen am Ende 1924 bis Mai 1925 in Preußen von 404,1 auf 742,9, in Bayern von 314 auf 69,6, in Württemberg von 29,5 auf 46,7 Millionen Mark. In den letzten Monaten hat sich, von Monat zu Monat verändert, der Einlagebestand aber verlangsamt.

Die **Konkurse im ersten Halbjahr 1925.** An Konkursen wurden im ersten Halbjahr 1925 im ganzen 4321 angemeldet gegen 1136 in demselben Zeitraum 1924 und 180 im ersten Halbjahr 1923. Die Steigerung gegenüber den Vorjahren ist recht erheblich, doch dürfte die Besserung der Wirtschaft auch dadurch noch nicht zur Genüge erfolgt sein.

Aus Beruf und Industrie.

Die Fabrikantenorganisationen zu unseren Lohnforderungen.

Die Organisationen und Zweigvereine der Schuhfabrikanten haben in den einzelnen Bezirken zu unseren Lohnforderungen Stellung genommen. In einem Schreiben vom 14. Juli teilt der Verband der Deutschen Schuhfabrikanten mit, daß die beteiligten Zweigvereine und Verbände die Forderung einmütig abgelehnt hätten. Es sei zwar beabsichtigt, in einer Hauptaussprechung der Fabrikantenverbände die Angelegenheit nochmals mündlich zu behandeln, aber es sei kaum ein anderes Resultat zu erwarten.

Wir stehen demnach wieder vor einer äußerst ernsten Situation. Unser Verbandsvorstand hat deshalb beschlossen, eine Vertretersitzung auf den 28. Juli nach Berlin einzuberufen, bis zu welchem Termin die weitere Antwort der Schuhfabrikanten vorliegen wird. In der Sitzung werden auch diejenigen großen Zahlstellen einen Vertreter der Ortsverwaltung entsenden, an denen Betriebsmitglieder oder Bezirksleiter nicht vorhanden sind.

Berlin als Schuhindustrieort.

Mit Bezugnahme auf die vom 9 bis 12. August 1925 stattfindende Berliner Schuh- und Lederwelle wird von Syndikus Dr. Kurz in einem Artikel der Wochenzeitschrift „Berlin" einleitend die Bedeutung der Berliner Schuh- und Lederwirtschaft beleuchtet. Mit seinen über 1000 Schuhgeschäften und über 100 Betrieben im Schuhgroßhandel, in denen über 1400 kaufmännische Angestellte beschäftigt sind, erscheint Berlin als der wichtigste Schuhgroßhandelsplatz überhaupt. Die Berliner Schuhindustrie ist auf verschiedene Spezialitäten eingestellt: Voll- und Luxusschuhwaren, Sport- und Reiseschuhe, u. dgl. Von einem bemerkenswerten Aufschwung reden die Zahlen der in der Schuhindustrie Beschäftigten. Während noch 1913 in der Berliner Schuhindustrie nur etwa 3000 Arbeiter beschäftigt wurden, ist die Zahl nach der Statistik der letzten Zeit auf fast 8000 Schuhfabrikarbeiter gestiegen. Diese verteilen sich auf ungefähr 200 Betriebe in der Berliner Industrie, die überwiegend mittleren Umfanges sind und zwischen 100—300 Arbeitnehmer beschäftigen. Durch die Entwicklung im letzten Jahrzehnt ist Berlin in die Reihe der großen Schuhzentren vorgerückt.

Steig' ein, Kamerad, du kommst besser vorwärts!
Werde Mitglied im Zentralverband der Schuhmacher!

Schuhhändlertag in Berlin.

Anläßlich der 3. Messe der Schuh- und Lederwirtschaft, die vom 9. bis 12. August in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm zu Berlin stattfindet, wird wiederum, wie bei den früheren Berliner Messen, ein großer Schuhhändlertag abgehalten. Die Tagung, die am 9. August, nachmittags 5 Uhr, im Vortragssaal des Hauses der Funkindustrie stattfindet, wird mehrere Vorträge über die Reklame des Schuhwarenhändlers von Herrn Professor Frenzel und Rechtsanwalt Dr. Max Auerbach entgegennehmen. Zum ersten Male wird auf der Messe selbst auch eine Sonderausstellung über „Die Reklame des Schuhwarenhändlers" zu sehen sein.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im 2. Vierteljahr 1925.

Die Geschäftslage der Schuhindustrie hat sich gegenüber dem Vorquartale nach den vorliegenden Berichten ein wenig gebessert. Infolge Eintritts trockener Witterung und in Anbetracht des Pfingstfestes waren Sommer- und Modeartikel begehrt. Die in Frage kommenden Betriebe leisteten vornehmlich in den Monaten April und Mai teilweise Ueberzeitarbeit. An einigen Hauptplätzen war dennoch eine erhebliche Zahl von Facharbeitern zum Nichtstun verurteilt; so in Pirmasens, München, Breslau, Erfurt, Weißenfels. Nach dem Pfingstfeste hat sich jedoch die Lage wieder verschlechtert, wie die gemeldeten Ziffern über Kurzarbeit nachweisen. Am Schlusse des Vierteljahrs wurden in 217 vom Bericht erfaßten Orten 80,918 Mitglieder unseres Verbandes festgestellt, wovon 44,821 männlicher, 36,097 weiblichen Geschlechts waren. 18 nicht berichtende Orte zählten nach der Abrechnung des Vorquartals 4458 männliche und 2582 weibliche, zusammen 7040 Mitglieder, so daß sich eine Gesamtmitgliederzahl am 30. Juni von 87,958 ergibt. In allen drei Berichtsmonaten ist erfreulicherweise eine stete Mitgliederzunahme zu konstatieren.

Die ziffernmäßige Darstellung der Arbeitslosigkeit für das 2. Vierteljahr gestaltete sich folgendermaßen:

Arbeitslos waren im	männl.	in Proz. der Mitgliederzahl	weibl.	in Proz. der Mitgliederzahl	zusammen	in Proz. der Mitgliederzahl
April	2607	6,5	1917	5,3	4724	6,0
Mai	1738	4,0	1366	4,3	3104	4,0
Juni	2581	5,8	1736	4,8	4320	5,3

Den Umfang der Kurzarbeit kennzeichnet folgende Tabelle:

Es arbeiteten verkürzt pro Woche um	um 1—8 Stunden		um 9—16 Stunden		um 17—24 Stunden		um 25 und mehr Std.		zusammen			
	ml.	wbl.	ml.	wbl.	ml.	wbl.	ml.	wbl.	ml.	wbl.	zus.	
April	1729	1055	1122	706	1005	1056	574	180	4430	2999	7429	
Mai	553	319	1028	684	495	294	318	209	2394	1507	3726	
Juni	1507	1035	1011	623	970	623	372	214	4160	2697	6857	

Die Aussichten für die kommenden Monate erscheinen wenig wunderlich. An einigen Plätzen ist die Situation konfliktsschwanger, da die Unternehmer versuchen, Lohnregulierungen nach unten den Arbeitern aufzubrechen.

Gewerkschaftliches.

Technische Nothilfe.

Im Etat des Reichsministeriums des Innern sind 687,000 Mark, die für die Technische Nothilfe nicht gefordert wurden, vom Reichstag gestrichen worden. Das bedeutet, daß mit dem Abbau der Zeno wenigstens ein Anfang gemacht werden muß.

Die Holzarbeiteraussperrung beendet.

Eine Machtprobe hat sich in der Holzindustrie abgespielt. Auf die Anordnung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wurde am 13. Juni von dem Unternehmerverband die allgemeine Aussperrung der Arbeiter angeordnet. Man glaubte, mobilisieren zu können, um 150,000 Arbeiter knebeln und die Straße zu legen. Der Unternehmerrausch gegen die Organisation der Holzarbeiter hat mit einem vollständigen Fiasko geendet. Der Kampf war aber schon zugunsten der Arbeiter entschieden, als feststand, daß der Aussperrungsparole nicht stattgegeben wurde und schon nach wenigen Tagen die Unternehmerkraft in Scherben ging. Die erzielte Lohnerhöhung beträgt im Durchschnitt 18 Prozent auf die seitherigen Löhne. Wie bisher, tritt bei Akkordentlohnungen ein Zuschlag von 15 Prozent hinzu. Das Lohnabkommen gilt bis 15. Oktober.

Der Verbandstag der Fabrikarbeiter,

der in diesen Tagen in Leipzig stattfand, bestätigte den Beiratsbeschluß, daß für den Kampf um den Achtstundentag ein besonderer Kampffond zu schaffen ist. Wie in unserem Verbande, wird auch dort ein besonderer Extrabeitrag dafür ausgeschrieben.

Urabstimmung im Dachdeckerverband.

Im Dachdeckerverband hat die Urabstimmung über den Anlaufen an den Bauarbeiterverband ein negatives Resultat erbracht. Von etwa 19500 Mitgliedern haben sich nur 4405 an der Abstimmung beteiligt, 2545 davon für, 1847 gegen die Verschmelzung. Nach einem Verbandstagsbeschluß war eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, die nicht erreicht wurde.

Einheitsverband der Eisenbahner.

Auf einem Einigungskongreß in Köln am 27. Juni haben sich die beiden Organisationen „Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner" und „Deutscher Eisenbahnerverband" unter dem Namen „Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands" zu einem Verband vereinigt. Damit hat die Eisenbahnerbewegung ein bedeutsame innere Festigung erfahren. Als Verbandsorgan erscheint nunmehr „Der deutsche Eisenbahner in einer Ausgabe A für Lohnempfänger und einer Ausgabe B für Gehaltsempfänger (Beamte und Angestellte).

Das Verschwinden des Index in Oesterreich.

Die österreichischen Gewerkschaften haben ihre Mitglieder aus der paritätischen Indexkommission abberufen. Dadurch wurde die Lohnpolitik der Industriellen in Oesterreich auch formell beseitigt. Eine falsche Indexberechnung veranlaßte, daß in Oesterreich die jetzige Bewegung der Lebenshaltung sinkende Indexe festgestellt wurden. Die Monatsmitte war der festgesetzte Termin für die Errechnung: vier bis fünf Tage vor der Indexberechnung gingen die Preise — und mit ihnen der Index — herunter, um zwei Tage nach der Errechnung wieder in die Höhe zu schnellen. In der Industriestadt hatte der Index seine Schnelligkeit getan, während der Stabilisierung mußte er einer neuen Lohnpolitik Platz machen. Dank der Krise ist die österreichische Unternehmerschaft stark geworden und das Ende der Indexkommission wird den Anfang zäher, heftiger Lohnkämpfe bedeuten.

Konsumgenossenschaftliche Feuerversicherung.

Unter dem Namen „Selbsthilfe", Feuer- und Sachversicherungs-Aktiengesellschaft gegründet, deren Sitz Hamburg 5, Beim Strohhause 38, ist und deren Stammkapital 3 Millionen Reichsmark beträgt.

In den Aufsichtsrat wurden von den Gründern gewählt Th. Leipart, Vorsitzender, G. Schmidt, Dr. Bachem, A. Mirus, Schriftführer (sämtlich in Berlin), P. Hoffmann, stellvertretender Vorsitzender, E. Berger, M. Mendel (sämtlich in Hamburg), A. Henze (Erdbeck), stellvertretender Schriftführer.

Der Aufsichtsrat wählte in den Vorstand die Herren H. Kaufmann, H. Bölsleit, A. Kasch, H. Lorenz, F. Boeylow, O. Streine, F. Leiche, R. Junker (sämtlich in Hamburg).

ZENTRALVERBAND DER SCHUHMACHER
Hauptverwaltung: Nürnberg, Essenweinstraße 1

Beitritts-Erklärung

Ausfüllen und nebst Eintrittsgeld und einem Beitrag an den Verbandsvertreter abzugeben.
Eintrittsgeld: 1 bis 3. Klasse 30 Pfennig, 4. u. 5. Klasse 1 Mark.

Vor- u. Zuname: .....
Wohnung (Straße u. Nr.) .....
Beschäftigt bei ..... als .....
Geburtstag u. Jahr: .....
Geburtsort: .....
Eingetreten am ..... in .....
Wie hoch ist Ihr durchschnittl. Stundenverdienst? ..... ₰
Dem Alter und Verdienst nach, Aufnahme in Klasse .....
Aufgenommen durch: .....
Bezahlt ..... ₰ ..... ₰

Werbe-Wochen der Schuharbeiter! **Jedes Mitglied wirbt mit Eifer fortgesetzt für den Verband!**

Ferien.

Hinaus aus den Wänden des Alltags ins Freie, Grüne, Sonnige. Wonnige treibt's jeden Menschen in dieser Zeit. Ein starkes Bedürfnis drängt gebieterisch in jedem, die Fesseln der Gewohnheit und des täglichen Zwanges einmal abzustreifen, um sich selber zu leben, seiner Freiheit, seiner Lebenslust. Daß dieser Drang nach Ausspannung so gewaltig sich regt, beweist, wie nötig, wie natürlich, wie unabweisbar einmal das Abschütteln des grauen Alltags ist. Er ist zu grau, zu eintönig und zu ermüdend, und darum so besonders stark diese Sehnsucht nach Ferienfreiheit.

Nicht nur der Körper hat die Erholung nötig, nicht nur der Geist. Auch der physische Mensch lechzt nach Erholung seiner gemürbten Seele. Das Große strebt der innerliche Mensch; der sorgende Alltag aber zerrt ins Kleine. Das Brüderlich-Umschlingende dehnt sich die Seele; berechnend, geschäftlich, mammonistisch ist die kapitalistische Weisenart. Menschenleele heißt Freude, Aufsehen, jauchzendes Menschentum, aber sie regt sich noch nicht, da hat sie der Kapitalismus schon mit seinen anderbestimmten Rädern zermalmt.

So hat diese Wirtschaft als Selbstzweck mit dem Menschlich-Seelischen den heiligsten Kulturwert des Menschen im Zwange. Sie hält zurück, was hinaufstreben möchte zum Großeinen; sie zerwürgt, was dem Dasein seine lebendige Wärme, seinen tiefsten Sinn, sein geniales Wesen zu geben bestimmt ist. All dieses Kleinliche und Gehässige und all dieses Zerspende auf allen Gebieten des Lebens, es wird bleiben, solange die kapitalistische Wirtschaft mit dem ganzen Dasein auch des Menschen Seele in ihrem Banne hält und damit den Menschen zu berechnendem, sorgendem Alltagswesen zwingt.

Daß nicht nur der Körper gestärkt wird, sondern auch dieser innerliche Mensch einmal frei aufleben kann, deshalb sollen Ferien sein. Da draußen unter dem strahlenden Himmel erlebt der Mensch, was er im kapitalistisch-menschlichen Zusammenleben nicht fühlen kann: seine menschliche Sendung, seinen menschlichen Sinn, seine menschliche Größe. Unwahr ist das Leben des Tages. Entfaltung ist es, Verzerrung des menschlichen Wesens, Herabwürdigung der großen menschlichen Aufgabe. Du sollst jubeln! lacht uns die Sonne zu. Mit freudiger Seele sollst du Mensch sein! flüstert vernehmlich ins Herz die freie Natur. Und: du sollst glauben! Glauben an daß, was in dem ganzen Alltag zum Trotze da draußen ahnst und fühlst: an dich selber!

Eine einzige Betriebsabteilung, wenn sie in den Ausstand tritt, kann den Unternehmer, je nach Lage der Dinge, mehr in Verlegenheit bringen, als wenn der ganze Betrieb herausgeht. Wird dieser Weg gewählt, daß eine Betriebsabteilung im Feuer steht, dann muß aber auch die übrige Arbeiterschaft dafür das nötige Verständnis haben, solidarisch Opfer bringen und stets auf den Sprunge stehen, selbst einzureihen.

Mit einem Gesamtstreik, wenn er einmal da ist, sucht sich ein Fabrikant, wie es geht, schlecht und recht abzufinden. Wehe aber, wenn am Schlusse der Ausgang für die Arbeiter ungünstig ist. Dann kommt die Auslese bei der Wiedereinstellung. Schmach und Druck beim Diktat der Arbeitsbedingungen, harte Zeiten für die auf der Strecke Gebliebenen. Deshalb gilt es für die Arbeiter, vorher reiflich zu überlegen, welcher Weg als der erfolgversprechende anzusehen ist.

Riesenkämpfe durchzuhalten, beansprucht Riesensummen an Streikunterstützung. Eine Aussperrung wie die, die jetzt das Holzgewerbe zu bestehen hatte, angenommen bei 20000 Mann, erfordert wöchentlich 300000 M., wenn nur eine Streikunterstützung von 10 M pro Kopf und Woche angenommen wird. Gute Gewerkschaftskassen sind das Rückgrat für den Kampf, deshalb griffen die Unternehmer oft zur Aussperrung, um die Gewerkschaftskassen zu schwächen. Manche Berufe, wie z. B. die Lithographen, hatten vor dem Kriege fast alle Jahre ihre Gesamtaussperrung. Erst wenn sie die Gewerkschaftskasse genügend geschwächt glaubten, setzten sich die Unternehmer an den Verhandlungstisch. Indessen, die Arbeiter gaben nicht nach, sie hielten oft noch viele Wochen durch. Das waren dann harte Zeiten, in denen dann bei geringster Unterstützung, unter Hunger und Entbehrung, die Arbeiter den Sieg doch zu erringen wußten.

Recht klug sein Vollende empfehlen manchmal auch als gewerkschaftliches Allheilmittel den „Generalstreik aller Berufe". Als gewerkschaftliches Kampfmittel hat diese Idee sich wohl bisher überhaupt noch nie bewährt. Sie ist unter Umständen der Weg ins Verderben. Es wird kaum vorkommen, daß in jedem Beruf zu gleicher Zeit die Verhältnisse für einen Streik gleich günstig liegen. Im Kohlenbergbau kann Ueberproduktion und Arbeitslosigkeit bestehen, wahrend gleichzeitig andere Berufe vollauf beschäftigt sein können. Wo der Geschäftsgang schlecht ist, wäre es dem Unternehmertum vielleicht willkommen, daß sich die Arbeiter bei einem solchen „Generalstreik aller Berufe" ihre Kassen leer streiken. Jeder große Kampf endet doch am Schlusse mit dem Versuch, zu Verhandlungen und Abschluß von Bedingungen zu kommen. Gewerkschaftlich sind solche Verhandlungen doch nur auf einzelberuflicher Grundlage denkbar. Ein solcher großer Streik müßte für die schlechter gestellten Berufe zu einer entsetzlichen Niederlage führen.

Große Niederlagen enden nach alter gewerkschaftlicher Erfahrung damit, daß die Unternehmer an den Arbeitern ihr Mütchen kühlen. Sie enden mit einer großen Organisationsflucht, wenn nicht mit Zertrümmerung der Organisation. Eine solche Kampfführung beweist kein Geschick. Gewiß gibt es im gewerkschaftlichen Kampfe Niederlagen. Es sind leider auch hier nicht bloß Siege zu verzeichnen. Wenn die Zeitumstände noch so günstig erscheinen, mitunter wendet sich zuungunsten der Arbeiter das Blatt. Aber immer bei allem, was man unternimmt, muß darauf Bedacht genommen werden, daß die Kämpfe so geführt werden, daß man auch nach einer unverhofften Niederlage wieder aufstehen und zu neuen Kämpfen rüsten kann.

Eine kleine Zersplitterergruppe, die Syndikalisten, sprechen viel vom Generalstreik, womit sie nach ihrer Lehre das Ziel der politischen und wirtschaftlichen Machtergreifung erreichen wollen. Um das gesamte Gebilde der Volkswirtschaft in die Hände zu bekommen, auch zu halten und zu beherrschen, gehört aber mehr als nur die Machtergreifung. Die Wirtschaftsführung zu erobern und zu behaupten, ist ein gewaltiges Ziel. Dieses Ziel ist nur zu erreichbar, wenn die Arbeiterschaft die für die Wirtschaftsführung notwendigen Kräfte besitzt und so stark ist, um die notwendigen Umformungen zu treffen. Die Durchführung des Sozialismus ist eine ungeheure Aufgabe. Ein syndikalistischer Putsch-Generalstreik — wenn es überhaupt gelänge, die Massen auf die Beine zu bringen — kann diese Riesenaufgabe nicht lösen. Die Gewerkschaften können sich für ein solches Experiment nicht mitbrauchen lassen. Der unvermeidliche Zusammenbruch dieses Experiments würde den einzigen Halt, den die Arbeiterschaft besitzt, die Organisation, vernichten, sie ganz wehrlos machen.

Man darf die Gewerkschaftsarbeit nie mit der Arbeit einer politischen Partei verwechseln. Der Generalstreik ist jedenfalls mehr als politisches, weniger als gewerkschaftliches Mittel anzusehen. Als politischer Massenstreik, der einmal spontan, mit elementarer Wucht die Reaktion zurückschlägt, ist der Generalstreik denkbar — ein solcher Kampf ist aber wohl in kurzer Zeit entschieden. Dauert er wochenlang, dann ist sein Erfolg wohl zweifelhaft.

Zum Streik im gewerkschaftlichen Sinne gesellt sich der Boykott als oft gleichwertiges Kampfmittel. Wie das Wort Streik kommt auch das Wort Boykott aus dem Englischen. Unter Boykott wird die Meidung der Waren des boykottierten Betriebes verstanden. Die Anwendung des Boykotts als Kampfmittel setzt ein hohes Maß von Solidaritätsgefühl bei der Arbeiterschaft aller Berufe voraus. In der Lebensmittelindustrie hat der Boykott oft schon eine große Rolle gespielt.

In der französischen Arbeiterbewegung spielt die Sabotage eine große Rolle. Unter Sabotage versteht man die Unbrauchbarmachung der Produktionsmittel. Wie verwerfen dieses Kampfmittel mit Recht als verbrecherisch, weil es der Arbeiterschaft mehr schadet als nützt. Wie soll es auch nützen? Denn wenn man während des Ausstandes etwa die Maschinen unbrauchbar gemacht, dann kann man nach beendetem Streik eben die Arbeit nicht aufnehmen.

Zu den bereits angeführten Kampfmitteln kommt noch die Presse hinzu. Aber man wird gut tun, wenn man nicht alles, was man zu sagen hat, in der Zeitung veröffentlicht. Wie das Unternehmertum sich nicht in seine Karten sehen läßt, so entsteht auch für die Gewerkschaften bei ihren Kämpfen die Pflicht, mit gewissen Veröffentlichungen manchmal Zurückhaltung zu wahren.

Gewerkschaftliche Jugendkonferenz.

Der Vorstand des A. D. G.-B. hat zum 6. und 7. August d. J. die 3. Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit einberufen. Die Tagesordnung lautet:

1. Unsere Jugendarbeit seit dem Leipziger Kongreß. (Berichterstatter Walter Maschke, A. D. G. B.)
2. Jugend und Beruf. (Referent: Ernst Rietich, Deutscher Textilarbeiterverband.)
3. Gewerkschaften und Berufsschule. (Referent: Paul Koske, Berlin.)
4. Die Berufsausbildung in der Gesetzgebung.
   a) Der neue Gesetzentwurf. (Referent: Richard Timm, Deutscher Holzarbeiterverband.)

Für die Jugend

Mutig vorwärts!

Mit vielen bist du auserlesen,
Die Glücke aus dem Weg zu räumen.
Drum frisch und stark dem Ziel entgegen,
Hinweg mit schwächlich zagen Träumen.

Was ist das echte? Zeiner Zeit zu dienen,
Und dennoch sie beherrschen! Klaren Blicks
Die Zukunft schaun mit eisenharten Mienen
Und kühner Hand in des Geschicks verworrne Fäden greifen.

Sei stark, damit sich nicht verzerrt dein Leben.
Wer rückwärts flagend weich,
Der winsele nicht, der hat sich selbst ergeben.

*

Gewerkschaftliche Kampfmittel.

Viele machen sich viel zu wenig Gedanken darüber, was der Gewerkschaftskampf von jedem einzelnen erfordert, was der Gewerkschaftskampf von jedem einzelnen erfordert, wenn wieder offen um die Lohn- und Arbeitsbedingungen gekämpft werden muß.

Solange ein Tarifvertrag besteht, erscheint der einzelne im Betrieb der Sorge enthoben, sich mit dem Unternehmer um den Lohn herumschlagen zu müssen. Von den schweren Auseinandersetzungen, die die Organisationsvertreter den Unternehmern gegenüber zu führen haben um die Tarifabmachungen, kommt das wenigste an die Oeffentlichkeit. Selbst der Kampf um die Tarifdurchführung, der in der Fabrik auf Betriebsräten und Vertrauensleuten lastet, wird vielen gar nicht recht bekannt.

Wir müssen uns einmal ernsthaft mit der Situation beschäftigen, wie es aussieht, wenn ein Tarifvertrag nicht mehr besteht. Denn in Zeiten der Tarifbindung werden gar zu leicht die Kampfbedingungen vergessen, und auch die gewerkschaftlichen Kampfmittel, die den Arbeitern zur Verfügung stehen, um sich erfolgreich wehren zu können.

Fällt die Tarifbindung, dann hat jeder einzelne Fabrikant freie Bahn. Er kann jede für ihn günstige Zeit der schlechten Geschäftslage ausnutzen, um auf die Arbeiter einen Druck auszuüben. Dann aber zeigt sich erst der Wert des organisierten Zusammenhalts. Dann kommt es oft sehr auf den einzelnen an, ob er den Sinn der Worte „Einer für alle und alle für einen" begriffen hat.

Der Gewerkschaftskampf um Lohn und Brot mit seinen Gegenwartsaufgaben ist sehr wechselvoll. Es entstehen oft die verzweifeltesten Kampfsituationen. Die Kampfmaßnahmen der Arbeiter eines Betriebs müssen deshalb immer entsprechend den Verhältnissen der Lage angepaßt sein. Der Gewerkschaftskampf kann nicht, wenn er Erfolg haben soll, nach einem bestimmten Schema geführt werden. Auch im Lohnkampf gibt es eine Strategie, eine Auswahl der geeignetsten Kampfmittel, deren Beherrschung durch jahrelange Erfahrungen angeeignet werden muß.

Fehlschläge geben auch hier die besten Lehren, weshalb wir uns vor Augen halten müssen, daß bei jedem Schritt, den die Arbeiterschaft begeht, mit Geschick und Ueberlegung vorgegangen werden muß. Unser Kampf ist keine Kinderspielerei. Es geht dabei oft nur durch Not und Entbehrungen, durch Elend und große persönliche Opfer vorwärts. Nicht selten, daß das Unternehmertum, wenn es die Oberhand gewann, mit aller Brutalität es auf die Existenzvernichtung selbst des einzelnen abgesehen hatte.

Sehr falsch ist die primitive Auffassung, es genüge in jedem Falle dem Unternehmer gegenüber nur die rohe Kraft, um zu gewerkschaftlichen Erfolgen zu gelangen. Der allgemeine Streik ist nicht in jeder Lage angebracht. Es kann sogar Zeiten geben, wo der Unternehmer sich aus einem Streike gar nichts macht, ja, wo er sogar Ausstände provoziert, um dann erst recht die Arbeiter einzeln auf das Knie zwingen zu können.

Es soll deshalb hier einmal einiges über die Kampfmittel gesagt werden, die im gewerkschaftlichen Kampfe je nach der besonderen Situation angewandt werden können. Karl Marx sagt in seiner Resolution über die Gewerkschaftsgenossenschaften für den Genfer Kongreß der Internationalen Arbeiter-Assoziation im Jahre 1866: „Die einzige gewerkschaftliche Macht der Arbeiter besteht in ihrer Zahl. Die Macht der Zahl wird aber durch ihre Uneinigkeit durchbrochen." Eine Lehre, die sich insbesondere gegenwärtig in Deutschland als sehr wahr erwiesen hat. Für den gewerkschaftlichen Kampf ist daraus zu folgern, daß die Arbeiterschaft im Betrieb, im Industriezweig und in der gesamten Industrie einig sein muß. Die Einigkeit ist aber nur dadurch zu erreichen, daß sich der einzelne den Beschlüssen unterwirft. Mag es auch dem einzelnen oft schwer fallen, sich dem Gesamtwillen zu fügen, das Gemeininteresse erfordert es. Der bewußte Arbeiter wird nie gegen die Beschlüsse handeln.

Auch in unseren Kämpfen kann ein rechter Erfolg nicht zustande kommen ohne die notwendige Kampfdisziplin. Disziplin heißt Unterordnung unter die Anordnungen der Führung. Ohne eine straffe Leitung von einer bestimmten Stelle aus ist nie etwas Rechtes zu erreichen. Ohne Führung gibt es nur ein Durcheinander. Deswegen sind die Zentralverbände geschaffen worden mit der obersten Spitze, und die Bezirksverwaltungen für jeden Bezirk. Es sind das die berufenen Stellen, um das Kampffeld zu überschauen, die gehört werden müssen, in welcher Form und Richtung ein Kampf geführt werden muß. Auf ihnen ruht schließlich auch die Verantwortung für das Gelingen. Die Spitzenleitung ist die Stelle, wo alle Fäden der Organisation zusammenlaufen. Sie übersieht das Ganze und kann am ehesten beurteilen was etwa das Unternehmertum plant. Sie vermag im Laufe der Jahre bei den verschiedenartigen Kämpfen, die sich abwickeln, Erfahrungen zu sammeln, wie eine Sache am besten anzupacken ist.

Aus dem Willen zur Einigkeit und Disziplin hat die Arbeiterschaft schon frühzeitig ein Kampfmittel entwickelt, das sich sehr gut bewährt hat: Die Solidarität.

Der Arbeiter übt Solidarität, wenn er für den streikenden Kollegen Extrabeiträge bezahlt, den bestreikten Betrieb meidet, den in Not geratenen Kollegen unterstützt, sich für die Kämpfenden einsetzt, an Protestversammlungen teilnimmt und alles macht, was den im Kampf Stehenden Vorteile bringt. Im gewerkschaftlichen Kampf wird oft Solidarität dadurch geübt, daß die Arbeiterschaft des einen Betriebes in den Streik tritt und die übrigen Arbeiter des gleichen Industriezweiges Gelder für die Streikenden in einem oft hohen Ausmaß sammeln. In der Schuhindustrie wie auch im Schuhmacherhandwerk wurde früher sehr oft auf diese Art die Solidarität zum Ausdruck gebracht. Die Solidaritätsbetätigung kann sich auch auf Arbeiter des Auslandes erstrecken. Als wir in Not waren, wurden wir von den Arbeitern des Auslandes unterstützt, und umgekehrt unterstützten wir sie, als ihre Organisationen fast vor dem Zusammenbrechen waren. Die Solidarität erfordert vom einzelnen oft große Opfer, aber sie ist ein Kampfmittel, ohne welches wir keine Erfolge erringen könnten. Aber nicht alles ist Solidarität, was als solche ausgegeben wird. Mancher Querulant fordert Solidarität, wo keine zu üben ist. Darum muß jeder Solidaritätsakt vorher auf seine Notwendigkeit geprüft werden.

Aus dem Solidaritätsgefühl und -bedürfnis heraus hat sich die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung entwickelt. Früher, als der Staat sich auf eine Unterstützung der arbeitslos Gewordenen nicht einlassen wollte, war sie ein eminent wichtiges Kampfmittel und hat verhindert, daß der Arbeitslose unter allen Umständen Arbeit nehmen und sich alles vom Unternehmer gefallen lassen mußte. Aehnlich wie die Arbeitslosenunterstützung wirkte die Reiseunterstützung. Wenn nun der Staat aus sozialer Pflicht endlich die Erwerbslosenunterstützung einführt, so dürfen wir nicht vergessen, daß es die Gewerkschaften waren, welche diese Unterstützung zuerst hervorriefen und immer mehr ausbauten.

Mit der Arbeitslosenunterstützung verknüpft ist die Arbeitsvermittlung der Gewerkschaft. Beide Einrichtungen verfolgen den Zweck, den Arbeitsmarkt auch dann zu beherrschen, wenn die Arbeitslosen in Massen vorhanden sind. Unsere ganze organisatorische Arbeit kann umsonst sein, wenn der Unternehmer Leute von der Straße aufnimmt. In Zeiten einer großen Krise können alle Errungenschaften beseitigt werden, wenn der Unternehmer nicht gezwungen ist, bei Neuaufnahmen die Arbeitsvermittlung der Organisation zu benützen. Aber auch die im Betrieb Stehenden sind durch die Arbeitsvermittlung geschützt, denn der Unternehmer weiß, er bekommt doch nur organisierte Arbeiter von der Vermittlung. Es nützt ihm nichts, wenn er seine Arbeiter entlässt. Die Arbeitsvermittlung ist ein Kampfmittel, welches Erfolge sichert und erleichtert.

Ein schon im Mittelalter ausprobiertes Kampfmittel ist die Verhängung der Sperre. Wenn über einen Betrieb die Sperre verhängt wurde, durf sich kein Arbeiter zur Arbeit melden. Schon mancher Sieg wurde durch dieses Kampfmittel erfochten. Aber es ist nur dann mit Erfolg anzuwenden, wenn die Arbeiterschaft wirklich gut organisiert ist, d. h. wenn am Orte keine Unorganisierten sind und solche auch nicht zureisen. Sonst würde ja die Maßnahme der Sperre gerade das Gegenteil bewirken: Der Unternehmer der unwürdige Arbeitsbedingungen hat, bekäme Arbeitskräfte und unorganisierte noch dazu, denen er erst recht alles bieten kann.

Ein der Verhängung der Sperre ähnliches Kampfmittel ist die passive Resistenz, worunter man ein Arbeiten mit genauester Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen und vor allem der Betriebsleitung gemachten Vorschriften versteht. Dieses Kampfmittel wirkt am besten im Eisenbahn-, Telephon-, Telegraph- und Postbetrieb, weil hier die Ausführung der geringfügigsten Arbeit durch irgendeine Vorschrift geregelt erscheint. In den andern Betrieben kommt die passive Resistenz hauptsächlich in einem langsamen Arbeiten zum Ausdruck. Dieses Kampfmittel ist gut, aber für die verschiedensten Gewerbe nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen anwendbar. Es erfordert von jedem einzelnen Arbeiter die genaueste Einhaltung und stellt dabei an jeden Beteiligten moralische Anforderungen, denen viele heute noch nicht gewachsen sein dürften. Es ist nicht anwendbar, wo die Maschine das Tempo der Arbeit bestimmt.

Das wirksamste Kampfmittel ist der Streik, das man verschiedenartig anwenden kann; aber wie immer es auch geschieht, immer soll man sich von dem Gedanken leiten lassen: was damit bei den geringsten eigenen Opfern und größtem Druck auf den Gegner erreicht werden kann.

Der Unternehmer lacht sich ins Fäustchen, wenn die Arbeiter streiken zu einer Zeit, wo so wie so wenig zu tun ist. Es kommt bei einem Streik also darauf an, ob der Zeitpunkt, wenn er unternommen wird, für die Arbeiter günstig erscheint. Vorsicht und Ueberlegung ist auch inbetreff der Art der Kampfführung nötig. Nimmt man aus dem Betrieb die unentbehrlichsten Arbeiter heraus, so ist er lahmgelegt, wie das z. B. der Fall ist, wenn in der Brauerei nur die Bierführer, in der Brotfabrik die Backer, in der Zuckerwarenfabrik die Tunkerinnen streiken usw. Oder man nützt den Konkurrenzkampf der Unternehmer untereinander aus und bestreikt jenen Betrieb, welcher die Konkurrenz am meisten zu fürchten hat. Die letztere Methode, die wiederholt mit bestem Erfolg angewendet wurde, erfordert gründliche Kenntnisse der Industrie und der gegenseitigen Machtverhältnisse. Er darf daher nur in Betracht kommen, wenn bei voller Einsicht der tatsächlichen Verhältnisse ein Erfolg zu erwarten ist. Ueber die erstgenannte Methode mag folgendes gesagt sein:

b) Die praktische Mitwirkung der Gewerkschaften an der Regelung der Lehrverhältnisse. (Referent: A. Falk, Zentraler Bildungsausschuß.)

Die Konferenz soll eine Tagung von sachkundigen Gewerkschaftern werden, die besonders für die Jugend tätig sind. Die Anmeldung der Teilnehmer soll bis zum 10. Juli d. J. beim A. D. G. B. erfolgen.

Die Kosten für örtliche Vertreter sind von den sie entsendenden Organisationen selbst zu tragen.

Jugendkundgebung zum Gewerkschaftskongreß.

Eine am 14. Juni in Breslau tagende Konferenz der gewerkschaftlichen Jugendleiter für Schlesien nahm mit großem Interesse die Ansprache auf, am Sonntag, 26. August, also unmittelbar vor dem Zusammentritt des Gewerkschaftskongresses, eine Kundgebung der gewerkschaftlichen Jugend veranstalten zu lassen. Vertreten waren dazu sich daran außer den Gewerkschaften auch die Sozialistische Arbeiterjugend und die Arbeiter-Turn- und Sportvereine. Die Kundgebung wird in der Mittagsstunden des 26. August im Breslauer Matinetheater stattfinden, und zum Mittelpunkt ein Referat des Kollegen Willi Sander, Berlin, über das Thema: „Jugend — Gewerkschaften — Staat" haben. Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes und ausländischer Organisationen werden Begrüßungsansprachen halten; musikalisch werden die Reden von Gesang und musikalischen Darbietungen rein.

An unsere jungen Kollegen und Kolleginnen ergeht die Aufforderung, sich recht zahlreich an dieser Kundgebung in Breslau zu beteiligen. Kommt den aus ganz Deutschland und auch dem Ausland anwesenden Vertretern, daß sie die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation zu schätzen und zu würdigen lernt.

Die Arbeitszeit für erwerbstätige Jugendliche.

Die Vertreter des Ausschusses der deutschen Jugendverbände haben einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Der Ausschuß der deutschen Jugendverbände, in dem 70 Reichsjugendverbände mit über 3½ Millionen Mitgliedern vertreten sind, erklärt einstimmig, daß die neuerliche Regelung der Arbeitszeitfrage, nach der für die Lehrlinge, die jugendlichen Arbeiter und Angestellten eine mehr als 8stündige Tagesarbeit (außer den Arbeitspausen und der Zeit zur den Weg zu und von der Arbeitsstätte) in Frage kommt, für die Jugend mit Aufsicht auf ihre körperlich-geistige Entwicklung und ihre gesamten Lebensnotwendigkeiten untragbar ist. Er hält den baldigen Erlaß eines die Bedürfnisse der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Angestellten gebührend berücksichtigenden Arbeitszeitgesetzes für dringend notwendig und sieht die Erfüllung folgender Forderung als unerläßlich an:

1. Ausdehnung der Schutzbestimmungen für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Angestellten auf das Alter vom 14. bis zum vollendeten 18. Jahre;
2. Festsetzung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden (einschließlich des Fachunterrichts) und der Zeit, die für Aufräumungsarbeiten beansprucht werden kann;
3. Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe mit Sonnabend mittag;
4. Festsetzung ausreichender Arbeitspausen;
5. Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche."

Mitteilungen.

Fürstenwalde (Spree). Zuzug fernzuhalten!

Die Firma Brennabor-Schuhfabrik von Siamund Heilborn in Fürstenwalde, hat die gesamte Belegschaft ausgesperrt. Sie will auf diese Weise verlängern, den Verbrauch tarifmäßig verschiedener Arbeitsstunden einführen und Arbeitszeitverkürzungen. Alle diese Anträge einmütig zurück. Zuzug nach Fürstenwalde und Arbeitsannahme bei der Firma ist unter allen Umständen zu vermeiden!

Differenzen bei der Firma Ditzschner, Oberstürheim b. Stuttgart

Bei der Firma Ditzschner, Oberstürheim, sind ernstliche Differenzen ausgebrochen. Es wird uns darüber geschrieben:

Anläßlich eines arbeitlichen Akkordvorgangs kam es am Montag, den 13. Juli, zu einem Streikfall der Betriebsrat. Es handelt sich bei dieser Firma um einen Betrieb, der bis jetzt noch nicht zum Tarife als Kammschuhfabrik etabliert. Die Firma hegte damals ohne Hoffnungen wohl darauf, hier in dem Gebiet der ersten Konfektionsfabriken genügend Facharbeiter bekommen zu können. Es hat sich diese Erwartungen nicht erfüllen, das heißt die Arbeiterschaft hat nicht in Scharen einfand, sondern die Firma durch äußerst Verpflichtungen aufs Hochstarteste zu betrumpfen. Die hauptsächlichsten Versprechungen aufgestanden in der Gewährung höherer Löhne, wie solche selbst in den bestgen Fabriken der Schuhindustrie bezahlt würden und in Anerkennung von Meister- oder Vorarbeiterlohnen.

Es gelang der Firma auch, aus den andern Betrieben eine Reihe Leute mit diesen Versprechungen zu gewinnen, so daß hierdurch sogar Differenzen auftreten ist und einzelne Firmen entstehen. Gerade die Arbeiter der Zuschneiderei, wo der Akkord genannt, wurden noch in letzter Zeit mit diesen Versprechungen aus den nahegelegenen Betrieben herausgerissen.

Die gemachten Versprechungen haben sich aber nur in den seltenen Fällen erfüllt, geschwiegen kamen nach einiger Zeit die Arbeiter auf das Verhandbureau, um über die Nichterfüllung ernstere Vorstellungen. Die letzteren der Firma bezieht Schamlosigkeit und anderes mehr, zu klagen.

Zeit einiger Zeit lagen halte die Firma einen amerikanischen Mann an den Akkorden im Zinn. Der Mann leitet den Zuschneidebetrieb, gemacht werden. Die Firma legte den Zuschneidern einen neuen Akkordzettel vor, der in einzelnen Positionen bis zu 12 Prozent die Arbeit bezahlt. Die Kollegen antworten auf diese Akkorde natürlich nicht ein. Der Arbeitszeit verwies die Firma an die Zentralkommission. Die Firma leitete nun mit Gewaltmitteln den Versuch unternommen, den Leuten Zugeständnisse, daß es der Zentrale wäre, daß die Arbeiter nicht auf den Firma einzulassen lieen. Der am Arbeiter wurde sodann eigentümlich gefunden, so eilen hatte es die Firma mit der Entlassung.

Dem Arbeiterrat, der mehrmals in dieser Angelegenheit mit der Firma verhandelte und vor einiger Zeit sich für eine Zentralkommission wendete, erklärte der Betriebsrat, es werde am 13. Juli die neuen einlegen, um sich auch letztlichen Akkorde zur Anschauung gelangen, und wenn es den Arbeitern nicht passe, könnten sie in die Zentralkommission gehen. Er selbst lehnte es ab, sich an die Zentralkommission zu vermitteln zu wenden, ein Standpunkt, der sicherlich verhindert ist und demnach auf einen Bruch der Bestimmungen des § 2 B. D. hinauslaufen. Dieser Standpunkt der Firma in um so eigenartiger, als der Betriebsrat selber Mitglied der Zentralkommission ist und somit betrieben, über die einzelnen der Zentralkommission des § 2 B. D. zu wissen. Herrn Ditzschner war aber bekannt, daß sich mit der Arbeit der Arbeiterschaft von Akkorden des Neuzulassung schwierigkeiten der, wenn die Zentralkommission beteiligt wurde, daß in solchen Fällen die Bestimmung des § 9 Abs. 2 B. D. beachtet werden muß.

Hier die eingangs Entscheidung des 3. Z. F. Zuzug sich der Zuzug des Zentralbeschlusses der Zentralkommission Fr. Wolff, Berlin, in Nr. 45 der „Zentralkommission" vom 9. November 1924:

„Einführung der Akkordsätze fällt § 9 Abs. 2 B. D. nicht unter Beachtung der Bestimmung. Akkordsätze sind so wenig wie Lohnsätze von einer Neuvereinbarung und Erhöhung, sondern lediglich von einer Neuänderung von Akkordsätzen abhängig, die unter Umständen jedoch auch Neuvereinbarungen bestehen, Akkordsätze dürfen die Tarifbestimmung zu beachten, daß eine solche Neuvereinbarung der Akkordsätze unter Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung zu vereinbaren ist. Sachlich handelt es sich um Tatsachen mit Recht, nicht um Rechtsfragen."

Die Firma Ditzschner wurde auch seitens der Bezirksleitung auf ihr partiwidriges Verhalten aufmerksam gemacht. Auf dieser Seite hin hat es die Firma bis heute noch nicht einmal für notwendig erachtet, zu antworten. Also die Firma, den 14. Juli, die Aufschnitter weiter schien, wurde, wegen der alte Akkordsätze einfach und dem Akkordsatz entsprechen und der, der die Firma erschienen ist, die Arbeiter ausgesperrt. Die Arbeiter schreiben es ab, unter den aufgezeichneten Bedingungen wieder zu arbeiten.

Der Arbeiterrat beschloß sich erneut, um die Firma zu bewegen, die alten Akkorde gelten zu lassen bis sie die Zentralkommission zur Vermittlung anzurufen bitte. Bedauern kann keine Firma es ab, den Bestimmungen des § 2 B. D. nicht zu tun.

Auch dem dortigen Boden der Dinge kann man nur den Eindruck gewinnen, daß die Firma Ditzschner in bewußtem Bruch zu sein, und mit großer Rücksichtslosigkeit einen Tarifbruch begangen hat. Die Kollegen hierzu sollen auch sie zurück.

Schuhfabrik Ditzschner, Oberstürheim.

Die Belegschaft der obengenannten Firma sieht einmütig hinter den Forderungen ihrer Kollegen, da sich einen Lohnabzug erlauben lassen sollten; daran werden auch die Sondierungen der Firma, um die Arbeiter zu fördern, nichts ändern. In den Ausschüssen hat die Firma jetzt, daß Streikbrecher zum 23. und 24. des Schuhfabrikantenbundes vor die Betriebsratsmitglieder gebracht. Warum bezahlt denn die Firma ihren Arbeitern Zuschläge, wenn sie sich ihre Arbeit nicht gut sein kann? Es ist ein Rechtsbruch, daß die Firma sich auch dann an Streikbrecher wendet, wenn die Streikenden bereit sind, die Arbeitsaufnahme zu leisten.

Erfurt.

Einstimmige Entschließung zur Tarifkündigung, angenommen in der Versammlung vom 9. Juli:

Zum seit Jahrzehnten im Leben der Zentralbahn der Zentralbahnarbeiterschaft in Erfurt Verwaltung mehr in den politischen Verhältnissen gewordenen der Arbeiterschaft. Während noch vor vier Jahren die Zentralbahnarbeiter im Verein mit an der Spitze marschierten, sind sie heute mit Ausnahme der Bezirksleitung einer Zentralbahnarbeiter, und in die Linie der sozialdemokratischen Industriearbeiter zu stellen.

Trotzdem die Arbeiterschaft der Zentralbahn ist, die Lohn- der Akkordarbeiter, wieder nur durch aktives Zusammenwirken etwas über den Minder- zu stehen, denn in den Lohnbewegungen auszuhelfen, erkennt doch für diejenen die aktive Zuteilung der Lebensmittel zerstreten in und dem, noch zerstreut. Dieses Verzeichnis der Ortsen Unterschied muß, daß es Filialen Bezirkstand der Akkordarbeiter bestehen und sie immer Zwang einsehen lernen, daß der Kampf, den sie durch ihre sich fort während verändernden Leistungen an ihrer Gesundheit treiben, keinen der Kampfesmittel durch Gutsch Lohnen bis zum Streikbrecher ist. Wir gegenüber Lohn wird der Fall eintreten, daß die Akkordarbeiter der Zentralbahnarbeiter Stadt der Abwälzung der Akkordarbeit, wegen ihrer Leistungen und sich einen entgegenstellen, Leistungen zu erkämpfen sollen werden. Am alle Stadt ist Gleich mit aller Zentralbahnarbeiter gegeben, daß eine zentrale Kampfmaßnahme, die nur einem kleinen Teil der Bezirksleiten Lohnzulage ebenen will, für die Arbeiterschaft unangemessen ist.

Mit Verwunderung stellen sich die versammelten Kollegen fest, daß sich der oben geschilderten Zuständen der Bezirksleitung nicht bewußt ist. Es ist ein Zustand, daß die Akkordarbeiter bis zum Streikbrecher und Streikbrecher gegen die Arbeiter, bereits im März dieses Jahres erhöhte Arbeitszeit von 60 Pfg. an der Zentralbahn pro Stunde einstellten. Die Versammlung erklärt in dieser Angelegenheit der Bezirksleitung Unverständnis und von Tag zu Tag sich verschärfenden Verhältnissen der Bezirksleitung. Die Versammlung sieht deshalb den Streik, die Arbeiterin auf eine Mark Stundenlohn in der Zentralbahn zu erhöhen. Sie geht dabei von der Erkenntnis aus, daß auch diese Zeit noch lange nicht die erstes erstmalen Verhältnisse aufzeigen erreicht.

Die Versammlung erhebt weiterhin Einspruch über den Anspruch, daß die Arbeiter Zentralbahn mit angeschränkt, Verhältnissen Lohnverhandlungen nicht vertreten ist und beauftragt die Leitung, daß sie die nächsten Verhandlungen mit Vertretern aus Bezirk zu führen.

Die versammelten Kollegen und Kolleginnen fordern weiterhin, daß das Verhalten der Angestellten auch der Zentralbahn ein Ende nehmen. Es ist ein Verhalten, das sich nicht mehr mit dem Ansehen der Gewerkschaften, durch Aufführung des letzten Ausschusses der Zentralbahn, der Verantwortung vor Führung des Kampfes ohne jede Verbindung der Lebensmittel zu schaffen."

Literatur.

Eine neue Shakespeare-Ausgabe. Der Volksbühnenverlag (Berlin NW. 40) bringt in der Reihe seiner Klassikerausgaben jetzt eine sechsbändige Ausgabe von Shakespeares Dramen. Die Ausgabe ist von Dr. Arthur Closser besorgt und verwirklicht in würdiger Weise das Programm, das sich der Volksbühnenverlag für seine Ausgaben gestellt hat: nicht eine bloße Wiedergabe, sondern eine sehr gute Zusammenstellung der besten Übersetzungen der Shakespeareschen Dramen handelt, — durch das Lebensbild Shakespeares, das Closser der Ausgabe vorangestellt hat, durch seine knappen aber außerordentlich lebendigen Einführungen zu den einzelnen Werken und durch kurze Anmerkungen am Ende jedes Bandes wird auch dafür gesorgt, daß Shakespeares Schaffen von jedermann voll verstanden und in seiner ganzen Bedeutung gewürdigt werden kann. Die Ausgabe ist philologisch gewissenhaft und doch im besten Sinne volkstümlich. Der Verlag hat ihr überdies ein sehr würdiges Gewand gegeben. Sechs Bände, von ihrer durchschnittlich 400 bis 500 Seiten, schlank und elegant gefertigt, auf holzfreiem Papier und in Ganzleinen gebunden und äußerlich ausgestattet, lassen die Ausgabe auch äußerlich als wertvolle Bereicherung jeder Bücherei erscheinen. Die Bände, die im Buchhandel 4.20 Mark kosten, sind bereits zum Vorzugspreise von 2.— durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, Inselstraße 6, zu beziehen.

„Ost"-Weltatlas. In China, Marokko leben die Aufruhr- und Kriegsfackeln; andere Staaten lassen durch politische und wirtschaftliche Verhältnisse die Aufmerksamkeit. Zahlen sich, ereignete Verhältnisse und in ihren Auswirkungen beurteilt werden, so bilden geographische Kenntnisse eine doch geographische Orientierung dafür die Voraussetzung. Unsere Leser werden es begrüßen, daß jetzt der „Ost" Weltatlas (2.2 Mk. d. H., Berlin W. 35, bei der Verlagung von Karten der Verlagsges. Industrie- und Handelsgeographie als Spezialität bereitet, eine Sonderkarte der Welt (1:40 000 000) erschienen ist, im Buch- und Sentiment auch am andern Landkartenpapier erdrückt, weiterhin die politische Einteilung der Welt zeigt. Die Karte ausschließlich Karte kann weiteres empfehlen werden; sie wird zum Preise von 2 Mk durch jede Buchhandlung, auch vom Verlage abgegeben.

Der kleine Brockhaus.

Ein reichhaltiger, wissenschaftlich vorbildhafter Volkstestiel, noch dem in Karten schmuck mit einer Reihe anderer hochinteressanter Tafeln und Karten die mit anerkennenswerter Pünktlichkeit erscheinen unsere Sicherung des Kleinen Brockhaus, Handbuch des Wissens in einem Band. Die beiden Tafeln Naturwissenschaft sind dadurch besonders wertvoll, daß sie die wichtigsten Bestandteile der menschlichen Nahrung nach ihrer Zusammensetzung aus Kohlenhydraten, Eiweißstoffen und Fetten, also etwas ganz Neues, auch den Gehalt an Vitaminen in einer umfassenden übersichtlichen graphischen Darstellung zeigen. Die Vitamine sind, wie man neuerdings erkannt, für die Erhaltung des menschlichen Lebens außerordentlich wichtig und bilden in der Nahrung noch lebend. Die seitenmäßig der Kleine Brockhaus auch wieder ist, Seiten 1, 2, die beiden Tafeln Volkswirtschaft. Die Tafel Textbogen der wertvolle Übersicht bringen das Ende des „Weltkriegs" und „Weltkriegs" mit dem Zusammen „Krieg" sie umfassen über 200 Textseiten und 7 Tafeln, wobei Bevölkerung, die Botanik, Biologie, Chemische Elemente; die die Bevölkerung, das der Kleine Brockhaus ein wertvolles Geschenkmittel ist, das auch in unserer Zeit erforderlichen Kenntnisse in ungeheuer gedrängter Form vermittelt. Wie noch die Arbeiten dank der Unterstützung durch die Leitung unserer Höhe sicherlich Ausgabe der Arbeiter Firma Breckhaus, den Arbeiterwissen sollen kann, beweist der Arbeiter Textbogen Reich, in dem schon Bindenburg als Reichspräsident genannt ist.

Was die erste Lieferung versprochen hat, hält die zweite, und wir können unserer Arbeiterschaft den Kleinen Brockhaus auch weiter empfehlen. Jeder Buchhändler gibt darüber nähere Prospekte. Neuerdings werden wir auch auf das Werk aufmerksam hin, das allen Bindeschlüssen des Kleinen Brockhaus entspricht.

„Kulturwelle." Monatliche Zeitschrift des Allg. Arbeiter-Bildungsinstituts Leipzig. Preis 1 Mk. Die neue Nummer dieser allgemein anerkannten Arbeiter-Bildungs-Zeitschrift trägt den Titel „Wanderkunst". Das Wandern wird hier verschiedenen Gesichtspunkten aufgefaßt. Berufsleben, Kriegs- und Jugend, „Die Walze", Wie die Arbeiterkunst zum Wandern kam", „Die Naturwissenschaft", „Wandern und Wandern der Arbeiterjugendgruppen". Die Nummer umfaßt 24 Seiten und ist mit zahlreichen Bildern reich illustriert. Das Abonnement des „Kulturwellen" kostet nur 2.40 M. (vierteljährlich die einzelne Nummer 70 Pf.). Organisationen erhalten bei Sammelbestellungen Vergünstigungen.

Die Arbeiterfrage eine Vertrauens der Beiträgen. Ein Beitrag zur Erfahrung der Arbeiterfragen von Albert Tscher und Joachim Tiburtius, Preis 1.— M. in Halbleinen geb. 1.— M. — Reichsarbeitsminister a. D. Dr. Schiffer schreibt in der „Gewerkschaftszeitung" vom 16. Juli: „Die Arbeiterfrage ist", so heißt es in der mehrfachen verantwortlichen Mitarbeiter im Friedensministerium und dem Leiter von diesem erhaltenen Beiträgen Albert Tscher und Joachim Tiburtius, eine Tatsache, die an der Hand amtlicher Materien der Zweifelhe im Innern der Tatsachen, zusammenstellen soll. Diese Zeitschrift hebt ein wichtiges Kapitel von dem Zeitabschnitt, der nicht unterstellt der Arbeitskräfte mit dem Aufbau der Barbarei, sondern mit politischen Mitteln ausgeschieden wurde und am Ende des Kampfes und seine Zeile aus. Das Zusammenleben der Kriegsschwierigkeiten an Arbeitsstellen auf der einen Seite und der sich heiternden Entwicklungsverschiebung für die arbeitende Bevölkerung auf der andern Seite, die Arbeitsmittel, Arbeitsverhältnisse, Arbeitsbedingungen, Tarifen, Lohnzahlung, Arbeitszeit, Arbeitsschutz, Arbeitsnachweis, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsgerichtsbarkeit, Arbeitsschutz, Arbeitsschutz, Arbeitsschutz